



Stellungnahme der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Die uns vorliegende Haushaltssatzung, die eigentlich nur ein Entwurf ist, steht unter dem erneut wiederkehrenden Motto „**Viel Aufwand** (dank Eckard Schroer), **wenig Aussagekraft** (dank dem scheidenden Bürgermeister)!

Scheint doch möglichst viel unternommen worden zu sein, damit nicht klar wird, ob es sich tatsächlich um einen ausgeglichenen Entwurf handelt.

- Wenn noch unklar ist, ob 2008 mit einem Defizit abschließt
- Wenn das Gewerbesteueraufkommen auf der Hoffnung von 3,5 Mio. € basiert
- Wenn die Einnahmen aus Verkäufen auf 600.000,- € geschätzt werden
- Wenn trotz einer geplanten Kreditaufnahme von 1 Mio. € keine Zinsen veranschlagt werden
- Wenn 2,2 Mio. € zur Sicherung der Liquidität als Kassenkredit!! benötigt werden
- Wenn geplant wird die Ausgleichsrücklage bis 2012 nicht nur zu verbrauchen sondern sogar die allgemeine Rücklage anzuknabbern
- Wenn der negative Saldo aus laufender Verwaltung mit Personalkosten erklärt wird, als ob man die nicht steuern könnte
- Wenn von den 2,9 Mio. € Investitionen allein 1 Mio. € im neuen Baugebiet Haberkamp verbuddelt werden sollen, ohne das sich zur Zeit der Bedarf an zusätzlichen Bauplätzen abzeichnet

dann sollte man zumindest moralisch von keinem soliden Haushalt sprechen dürfen. Im Ergebnis des Vorberichts gibt der Bürgermeister dann selber zu verstehen, dass sich das Eigenkapital verringert. Für die Zukunft ohne ihn, gibt er dann die Empfehlung doch weniger zu investieren und darauf zu hoffen, dass sich die Gewerbesteuer erhöhen möge. Bei der aktuellen wirtschaftlichen Gesamtsituation, ein zynischer Gruß an seinen potentiellen Nachfolger.

Apropos Nachfolger. Nicht umsonst haben wir uns entschlossen den unabhängigen Bürgermeisterkandidaten Udo Decker-König zu unterstützen. Seine hohe Fachkompetenz, seine ehrliche und vertrauensvolle Art und seine außerordentliche Glaubwürdigkeit sind Eigenschaften, von denen wir uns endlich einen anderen Politikstil in Ladbergen versprechen. Dieser sollte von Transparenz, gegenseitigem Vertrauen und einer verlässlichen Partnerschaft geprägt sein. Anders als andere Kandidaten, sollte es Udo Decker König nicht nötig haben, Konflikte zwischen Parteien und Verwaltung durch persönliche Erklärungen schön zu reden, wozu sich der Kandidat der SPD zum Thema Königsbrücke hat hinreißen lassen. Der von ihm kritisierte Artikel in den Westfälischen Nachrichten basierte auf Informationen der Verwaltung, die wir mit dem Schreiben des Bürgermeisters vom 7. Oktober, 2008 jederzeit belegen können. Die Polemik, die er beklagte, stammt aus Leserbriefen, die nicht unserer Feder entsprungen sind. Wahrscheinlich wollte er aber nur vom Vorgehen der Verwaltung ablenken, den ersten demokratisch gefassten Beschluss, kein Gewerbegebiet an der Königsbrücke entstehen zu lassen, nicht hinnehmen zu können und ein zweites Mal zur Abstimmung zu bringen. Der Dullkopf der Verwaltung und der sie in diesem Punkt tragenden Parteien von SPD und FDP hat dazu geführt, dass ein für die Öffentlichkeit an dieser Stelle nicht nachvollziehbares Gewerbegebiet entstanden ist, in dem 1,5 Mio. € vergraben liegen und von dessen

wirtschaftlichem Erfolg sich jeder selbst überzeugen kann. Noch so große und bunte Schilder, in hektischer Betriebsamkeit aufgestellt, können hiervon auch nicht ablenken.

Aber damit nicht genug, der nächste Coup ist schon geplant. Gegenüber vom Espenhof, auf dem ehemaligen Spargelacker sollen Gewerbeflächen entstehen. Der Streit, der hierüber entbrannt ist, ob Betriebsleiterwohnungen zulässig sind oder nicht, lenkt vom eigentlichen Kernthema ab, nämlich wer diese Flächen eigentlich erwerben soll. Dabei darf man nicht nur die derzeitige weltweite Rezession betrachten, sondern auch die hohe Konkurrenz unter den Kommunen, die um ansiedlungswillige Unternehmen kämpfen. Es ist nicht rechtens, Geld des Steuerzahlers an dieser Stelle in die Hand zu nehmen, wenn selbst der noch amtierende Bürgermeister davor warnt, zukünftig zu viel zu investieren. Standortfaktoren für Unternehmen sind neben der verkehrstechnischen Anbindung, ein ausreichendes Potenzial qualifizierter Mitarbeiter. Um diese Menschen nach Ladbergen zu holen, reicht es nicht aus Baugrundstücke auszuweisen, die im übrigen gar nicht mehr so günstig sind, sondern es bedarf einer entsprechenden Infrastruktur, in erster Linie Sozial- und Bildungsangeboten sowie die Anbindung an den ÖPNV. Dies ergab zumindest eine Unternehmensbefragung der Uni Münster im Herbst des letzten Jahres.

Insofern sind wir uns mit allen Parteien einig, dass die Anbindung der S 50 an Ladbergen auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Natürlich wäre es schön, die jetzige Haltestelle zu behalten, deshalb werden wir auch die gemeinsame Resolution des Rates mittragen, aber seien wir ehrlich, realistisch ist dies nicht. Unser Vorschlag, die S 50 am Espenhof, an der bereits existierenden Haltestelle der X 150 anzubinden, hat zumindest den Vorteil, dass der Bus danach den neuen Autobahnzubringer, das Prestigeobjekt des Landrates, nutzen könnte und es zu der geplanten Verkürzung der Fahrzeit zwischen dem FMO und Münster kommen kann, um die berüchtigten 4 Minuten. Für Kunden aus Ibbenbüren und Saerbeck wäre der Abstecher über den Espenhof zeitneutral, da die Zeiteinbuße durch die neue Streckenführung kompensiert würde.

Lassen sie mich jedoch nun, in Anbetracht der sich nähernden Kommunalwahl, auf die Dinge eingehen, die in Zukunft das Gerüst grüner Politik in Ladbergen darstellen sollen. Mit dem von uns unterstützten Bürgermeisterkandidaten Udo Decker-König haben wir in vielen Punkten Übereinstimmung erzielen können. Hierzu gehören neben dem schon erwähnten neuen Verständnis des politischen Miteinanders von Politik und Verwaltung Maßnahmen, die dem demographischen Wandel entgegenwirken sollen, ein Konzept für den Umwelt- und Naturschutz, sozialpolitische Überlegungen genauso wie Aktivitäten und Konzepte zur Verbesserung der Infrastruktur Ladbergens.

- So stellen wir im Rathaus den Gedanken des Dienstleisters am Bürger in den Vordergrund. Ein offenes Rathaus in den Kernarbeitszeiten und ein Bürgerbüro mit Öffnungszeiten bis maximal 18:00 Uhr, soll möglichst vielen Bürgern die Gelegenheit bieten, auch außerhalb ihrer Arbeitszeiten, Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch nehmen zu können.
- „Unser Dorf darf nicht vergreisen“, so müsste das Motto eines Konzeptes lauten, das sich nicht gegen Senioren richtet, sondern Überlegungen enthält, wie junge Menschen und Familien an Ladbergen gebunden werden können. Dazu gehört auch die Gestaltung eines attraktiven Dorfkerns. Die alte Schulstraße muss auf jeden Fall, auch unter Einbeziehung der privaten Flächen, umgestaltet werden. Zu überlegen wäre auch die Ansiedlung einer Gastronomie im alten Amtshaus, beispielsweise ein Musik-Cafe.
- Neben dem bedarfsorientierten Vorhalten von Bauplätzen, sollte vor allen Dingen darauf geachtet werden, in bestimmten Ortslagen das Entstehen von Leerständen zu verhindern. Hier sind kommunale Impulse erforderlich, sowohl Beratung, aber auch finanzielle Anreize, wie zum Beispiel Mittel zur energetischen Wohnraumsanierung etc. .

- Sozial- und familienpolitische Maßnahmen sollten auch weiterhin im Focus politischen Handelns stehen. Nachdem wir uns über die Parteigrenzen hinaus auf ein Maßnahmenpaket geeinigt haben, tauchen im Haushalt immerhin schon 20.000,- € auf. Unsere weiteren sozialen Ziele sind:
 - Beitragsfreie offene Ganztagschule
 - Pamperstonne
 - Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, bzw. die generelle Übernahme von Elternbeiträgen
 - Gefahrlose Schulwege
 - Hol- und Lieferdienste für Senioren und Kranke
 - Bürgerbus
 - Ausweitung der Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten
 - Verbesserung des ÖPNV
- Nach wie vor sind wir der Meinung, dass das Vorhalten, Ausbauen und Sanieren von Sporthallen, nicht den Bedarf an einer Bürgerhalle ausgleicht. Nach dem Wegfall von Königssaal ist eine große Lücke entstanden, die durch die bisherigen Lösungen nicht abgedeckt wird. Bedarfe für größere Veranstaltungen existieren in allen Altersgruppen. Zur Auslastung einer solchen Halle müsste es zu einer multifunktionalen Lösung kommen, damit private Investoren eine wirtschaftliche Grundlage finden.
- Wirtschaftsförderung ist eine Dienstleistung der Verwaltung gegenüber ansässigen oder ansiedlungswilligen Unternehmen. Damit dies endlich umgesetzt wird, dafür steht der von uns unterstützte Bürgermeisterkandidat Udo Decker-König. Dabei wird die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, das Primat des Flächenverbrauchs zukünftig ablösen.
- Umwelt- und Naturschutz ist ein wesentlicher Faktor zur Wirtschaftsförderung, genauso wie bei entsprechender Vorgehensweise, die infrastrukturelle Attraktivität des Ortes gefördert werden kann. In einem Energiekonzept der Gemeinde Ladbergen müssen sowohl Ziele als auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie es langfristig zu einer ausgeglichenen Klimabilanzbilanz kommen soll. Es sollte erklärtes Ziel sein, so viel regenerative Energie wie möglich auf Gemeindegebiet zu erzeugen, als auch gleichzeitig den CO² Ausstoß zu verringern. Die energetische Wohnraumsanierung sollte Bestandteil eines Klimabündnisses sein, das für private und öffentliche Gebäude Anwendung findet. Die Ausweisung von Baugebieten unter ökologischen Gesichtspunkten muss fester Bestandteil der Bauleitplanung werden. Über entsprechende Fördermöglichkeiten muss informiert und beraten werden. Dies kann nicht nebenbei erledigt werden, da sind wir uns mit Udo Decker-König einig, der persönlich diese Erfahrung gemacht hat. Durch personelle Umstrukturierungen in der Verwaltung, sieht er die Möglichkeit, kostenneutral, die Stelle eines Umweltbeauftragten einzurichten, der langfristig auch zum wirtschaftlichen Erfolg der Gemeinde beitragen wird.

Lassen sie mich am Ende meiner Ausführungen den Flughafen nicht unerwähnt lassen. Unerträglich sind aus Sicht der Ladberger Bürger die Umweltbelastungen, die durch den FMO verursacht werden. Nicht nur der Lärm, sondern auch die Schadstoffbelastungen führen zu einer wesentlichen Gesundheitsbelastung der Bürger. Die Veranstaltung in Greven, kann aus unserer Sicht nicht davon ablenken, dass mit der unsinnigen Verlängerung der Start- und Landebahn, genau diese Belastungen zunehmen werden. Für Flüge von Privat- und Geschäftskunden ist keine Startbahnverlängerung nötig. Frachtflug wird diese Lücke langfristig schließen und damit nehmen nicht nur die Belastungen weiter zu, sondern wir bezahlen sie auch noch durch Steuermittel des Kreises, die auch aus Ladbergen kommen. Wir fordern immer wieder alle Fraktionen auf, diesen unsinnigen Verbrauch öffentlicher Gelder zu stoppen, in dem sie Einfluss in ihren Parteien nehmen. Selbst der Flughafenchef des niederrheinischen Airports Weeze fände es zwar schön, wenn er eine

Starbahnverlängerung wie der FMO bekäme, aber, da ist er ehrlich, ließen sich die damit verbundenen Kosten „nicht wieder reinfliegen“.

Aktuell hat uns die Nachricht erreicht, das Ladbergen durch das Konjunkturpaket II in den Genuss von ca 400.000,- € zu kommen. Wir teilen an dieser Stelle die Ansicht der SPD, dass es schön wäre, zu einer fraktionsübergreifenden Lösung zu kommen, die den Einsatz dieser Gelder regelt.

Sie werden sich denken können, dass nach meinen Ausführungen, es nicht zu einer Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen kommen kann, damit es nach der Kommunalwahl für den neuen Rat auch noch etwas zu verteilen gibt.

Obwohl nicht Weihnachten ist, möchten wir trotzdem die Gelegenheit nutzen, in der letzten Haushaltsrede vor der Wahl, dem scheidenden Bürgermeister für seinen langjährigen Einsatz zum Wohle der Gemeinde Ladbergen zu danken. Er hat seine Energie zwar nicht immer in unserem Sinne eingesetzt, aber wir wünschen ihm schon jetzt, noch lange Energie im wohlverdienten Ruhestand.

Bei den verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken wir uns ganz besonders für die geleistete Arbeit.

Den anwesenden Ratsmitgliedern wünschen wir schon jetzt alles Gute, werden wir uns doch in dieser Zusammensetzung im neuen Rat nicht wiedersehen.

Lassen sie mich zum Abschluss die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das Verfassungsgericht des Landes NRW, den taktischen Spielchen von CDU und FDP im Landtag, mit der Urteilsverkündung am 18.2.2009 ein Ende bereitet und die Kommunalwahl an das Ende der Legislaturperiode legt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Manfred Dröge, (Fraktionssprecher, B90/Die Grünen im Rat der Gemeinde Ladbergen)